

## Polizisten wehren sich gegen Suspendierungen

Seit einiger Zeit findet eine regelrechte Hexenjagd gegen Polizisten statt, die sich in angeblich „rechten Chats“ aufhalten. Fast im wöchentlichen Rhythmus wurden medial neue Fälle mitgeteilt und kaum ein Schmutzkübel ausgelassen, obwohl die Ermittlungen noch nicht einmal abgeschlossen waren. Jetzt haben sich die ersten Beamten gegen Dienstmaßnahmen erfolgreich gewehrt. In Düsseldorf entschied z.B. das mit dem Fall befasste Gericht, dass die Suspendierung einer Beamtin rechts-widrig war und hob diese auf, da es sich um eine Satire gehandelt hat, die von der Polizistin im Chat gepostet wurde. Das zuständige Landesamt nimmt das Urteil an und geht dagegen nicht in Berufung. Außerdem fürchtet es nun offenbar weitere Niederlagen vor Gericht

Auch im Fall um angeblich „rechte Chats“ bei der Polizei in Essen könnten jetzt weitere Suspendierungen zurückgenommen werden. Das Personal-Landesamt der Polizei teilte bereits mit, dass es gerade acht Fälle prüft.

## Datensammlung über auffällige Asylbewerber verboten

Nicht alle Grünen leben in einer heilen multi-kulti-Parallelwelt. Zumindest in Baden-Württemberg zeigt Herr Palmer ein klares Verständnis dafür, dass in unserem Land vieles falsch läuft.

Im Streit um eine Liste mit auffällig gewordenen Asylbewerbern hat sich Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) jetzt an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gewandt. In einem Brief fordert er eine Regelung, die einen Datenaustausch zwischen Polizei und Kommunen ermöglicht. "Der Staat darf sich nicht so weit selbst beschränken, dass die rechte Hand nicht mehr weiß, was die linke tut", schreibt Palmer dem Bericht zufolge an



Das Kanzleramt will bei der Bund-Länder-Runde wegen der rasant zunehmenden Corona-Neuinfektionen für mögliche weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens werben. Das könnte vor allem die Gastronomie- und Veranstaltungsbranche erneut hart treffen. So soll bereits ein weiterer Lockdown geplant sein, bei dem aber u.a. Schulen weiter geöffnet haben. Bereits der erste Lockdown sorgte für irreparable wirtschaftliche Schäden und massenhaften Insolvenzen.

## Nächster Pädophilenring aufgelöst

Die Polizei in Freiburg ist zwölf Männern und Frauen wegen des Verdachts des Besitzes und Verbreitens von Kinderpornografie auf die Spur gekommen. Zuvor waren gegen einen Mann aus dem Landkreis Waldshut zwei Strafanzeigen erstattet worden, wie die Polizei gegenüber der Presse mitteilte. Nachdem bei diesem Beweismittel beschlagnahmt und durchsucht wurden, erhärtete sich demnach der Verdacht gegen zwölf weitere Personen. Elf der Tatverdächtigen befinden sich demnach in Deutschland, es handle sich um neun Männer und eine Frau im Alter von 20 bis 61 Jahre sowie einen Jugendlichen. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein Verdächtiger befinde sich im Ausland, hier sei das Bundeskriminalamt zur Unterstützung hinzugezogen worden. Der bereits vorbestrafte Tatverdächtige aus dem Landkreis Waldshut, der die Ermittler auf die weiteren Spuren brachte, befinde sich in Haft.

Seehofer. Tübingen hatte Daten über Straftaten, die von der Polizei an die Ausländerbehörde fließen, anderen städtischen Behörden zur Verfügung gestellt und zusammengeführt. Vom Grundgedanken und Prinzip her absolut sinnvoll und notwendig.

Der Landesdatenschutzbeauftragte Stefan Brink hatte diese Praxis verboten und die Löschung aller erfassten Daten angeordnet. Die Daten unterlägen einer Zweckbindung und dürften nicht einfach so für etwas anderes verwendet werden.

Palmer hält das Verbot zutreffend für falsch. Er fordere Seehofer auf, die Daten-Zweckbindung per Verordnung oder Gesetz so zu erweitern, "dass

Sicherheitsbehörden, Ausländerbehörde und Sozialbehörde sinnvoll zusammenarbeiten können. Das dient der Gefahrenabwehr wie der Integration gleichermaßen".

Wir Republikaner befürworten das Vorgehen des Oberbürgermeisters Palmer und begrüßen das vermittelte Grundverständnis für die Problematik. In unserem Land bestehen zu viele bürokratische Hindernisse, die insbesondere im Asylbereich dann von Gästen ausgenutzt werden können. Zudem ist es erforderlich, dass zeitnah zwischen den Behörden ein Datenaustausch erfolgen kann, um gegen renitente Asylanten gezielter vorgehen zu können.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Frankreich greift gegen Islamisten und Parallelgesellschaften durch

Nach dem Mord an einem Lehrer in Frankreich, werden endlich offen die Probleme mit Islamisten und islamischen Parallelgesellschaften angesprochen. Viele französische Lehrer wollen nach der Enthauptung mit ihren Schülern im Unterricht den Terrorakt im Pariser Vorort Conflans-Saint-Honorine aufarbeiten. Dort war am vergangenen Freitag der Geschichtslehrer Samuel Paty auf offener Straße von einem islamistischen Attentäter enthauptet worden, der anschließend von der Polizei erschossen wurde. Vor seiner Ermordung war Paty, der im Unterricht Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte, von dem Vater einer Schülerin an den Internet-Pranger gestellt worden. Wenn es nach der Präsidentin des Regionalrats des Pariser Großraums, Valérie Pécresse, geht, dann muss künftig als Reaktion auf den Terrorakt landesweit in den Schulen der Unterricht einen Tag lang der Meinungsfreiheit und dem Recht zur Veröffentlichung von Karikaturen gewidmet werden.

Damit trifft Pécresse offenbar den Nerv der Franzosen: Nach einer am Donnerstag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop sind 78 Prozent der Befragten damit einverstanden, wenn Lehrer im Rahmen eines Unterrichts über die Meinungsfreiheit religionskritische Karikaturen zeigen. Die Ermittler im Fall des Terrorakts von Conflans-Saint-Honorine gehen davon aus, dass der Attentäter Kontakt zu einem russischsprachigen Dschihadisten in Syrien fundamentalistischem Gedankengut bei einer

hatte. Die Zeitung „Le Parisien“ nannte die Stadt Idlib als Aufenthaltsort des Dschihadisten, der den Angaben zufolge aufgrund seiner IP-Adresse aufgefunden gemacht worden sei. Zwei Schüler waren dem Islamisten behilflich. Die Diskussion um den Einfluss des Islamismus an Schulen in Frankreich hat indes eine lange Vorgeschichte.

Seit 2004 dürfen Schülerinnen und Schüler in Frankreich keine sichtbaren religiösen Symbole mehr tragen. Dazu zählt auch das Kopftuch. Mit dieser gesetzlichen Regelung schienen sich die Vertreter der in Frankreich geltenden Trennung von Religion und Staat durchgesetzt zu haben. Unterrichtsinhalte werden von muslimischen Schülern in Frage gestellt. Insbesondere kommt es immer wieder vor, dass vor allem Schüler aus muslimischen Elternhäusern einzelne Bestandteile des Unterrichts auf Grund ihrer religiösen Überzeugungen in Frage stellen. Zwischen September 2019 und März 2020 registrierte das Bildungsministerium 935 entsprechende Vorfälle. Typische Fälle sind dabei die Infragestellung der Evolutionstheorie, des Sexualkundeunterrichts und der Gleichstellung der Geschlechter. Damit zeigt sich auch in Frankreich deutlich, dass Teile einer kulturfremden Generation heranwachsen, die von den Grundeinstellungen her überhaupt nicht kompatibel zu dem Land sind, in dem sie jetzt leben. Eine vergleichbare Situation finden wir auch in Deutschland vor, jedoch begegnen hier die Lehrerverbände und

Politiker auf eine kaum nachvollziehbare Art. So wird ungebremstes Verständnis entgegengebracht, anstatt die Werte unseres Landes darzulegen und zu verteidigen. Es muss gegenüber anderen Völkern und Kulturen eindeutig aufgezeigt werden, dass unser Land christliche Werte und Wurzeln hat, die irdischen Gesetze gelten und nicht an erster Stelle der Koran als Richtschnur anzusehen ist.

**! Jetzt Republikaner werden !**



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)

# DIE REPUBLIKANER

**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

---

### Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mv@rep.de oder 01525-2905788

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---

# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:



## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

DIE REPUBLIKANER(REP)  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart \_\_\_\_\_ Zahlungsrhythmus \_\_\_\_\_ Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b>	<b>Bezirksverband</b>	<b>Landesverband</b>	<b>Bundesverband</b>	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.